

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT****Alois Stöger**
Bundesminister

XXIV. GP.-NR

8714 /AB

12. Aug. 2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

zu 8901 /J

GZ: BMG-11001/0226-I/A/15/2011

Wien, am 11. August 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 8901/J der Abgeordneten Grünwald, Steinhauser, Freundinnen und Freunde** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 11:

Nach dem in der parlamentarischen Anfrage erwähnten Sachverständigen- und Dolmetschergesetz obliegt es den Präsident/inn/en der Landesgerichte, über die Aufnahme und Fortführung von Personen in der Liste der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen zu entscheiden. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen sind dem Justiz-Ressort zugeordnet. Das Bundesministerium für Gesundheit hat darauf keinen Einfluss und verfügt auch nicht über die gewünschten Informationen.

Frage 12:

Wie in der parlamentarischen Anfrage erwähnt wird, ist die „Gesundheitsstraße“ ein Projekt im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Dieses Projekt wird von der Pensionsversicherungsanstalt mittlerweile für das gesamte Bundesgebiet betrieben. Fragen zu Erweiterungsmöglichkeiten wären an den Herrn Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zu richten.